

Positionspapier liberal und grün

Genehmigt

vom Gründungsvorstand am 3. November 2008

Inhalt

1. Grünliberale Grundwerte
2. Grünliberale Umweltpolitik
3. Grünliberale Sozialpolitik
4. Grünliberale Wirtschafts- und Finanzpolitik
5. Grünliberale Sicherheitspolitik

1. Grünliberale Grundwerte

Die Grünliberale Partei orientiert ihre politische Arbeit an den Grundwerten des Nachhaltigkeitsgedankens. Nachhaltigkeit verstehen wir umfassend bezüglich Wirtschaft/Finanzen, Umwelt und Soziales/Gesellschaft. Das Selbstverständnis der Partei bemüht sich stets um den Ausgleich ökologischer, ökonomischer und sozialer Ziele und soll unkonventionelle Lösungen ermöglichen. In Fällen, in welchen ökologische und ökonomische Ziele als unvereinbar erscheinen, suchen die Grünliberalen nach einer verträglichen Lösung. Im Zweifelsfalle hat die Ökologie Vorrang.

Intakte Umwelt:

Der Respekt vor allen Lebewesen und der Schutz von Natur und Umwelt stehen im Zentrum des grünliberalen Gedankengutes. Die Freiheit des Individuums darf nicht unbegrenzt auf Kosten der natürlichen Umwelt ausgelebt werden. Der Eigenwert der natürlichen Umwelt soll erkannt und die natürlichen Ressourcen dementsprechend schonend genutzt werden.

Freiheit:

Die Handlungs- und Entscheidungsfreiheit sind wichtige Eckpfeiler unserer Gesellschaft. Individuelle Freiheit wird von uns stets mit Verantwortung für das eigene Tun und Lassen und mit Toleranz gegenüber Andersdenkenden in Verbindung gebracht. Grünliberales Denken ist somit offen für verschiedene Wirklichkeiten, für die Pluralität der Werte und für eine bunte und vielgestaltige Welt. Dies manifestiert sich auch in Offenheit und Toleranz gegenüber anderen Religionen, Kulturen und Lebensarten. Die christlich-abendländische Kultur/Tradition und deren Weiterentwicklung müssen aber weiterhin als Basis unserer Gesellschaft bestehen bleiben.

Die Freiheit des Einzelnen und der Wirtschaft haben dort ihre Grenzen, wo andere in ihrer Freiheit oder Entwicklung beeinträchtigt werden. Grünliberale Politik setzt sich auch für die Freiheit der zukünftigen Generationen ein, was einen bewussten Umgang mit den gegenwärtigen natürlichen und finanziellen Ressourcen beinhaltet.

Zukunftsorientiert:

Grünliberale Politik ist innovativ, da für bestehende Probleme neue und kreative Lösungsansätze gesucht werden. Die Partei lässt sich für zukunftsweisende und progressive Ideen begeistern. Die Grünliberalen versprechen sich davon positive Effekte für kleine und mittlere Unternehmen. Der Fortschrittsglaube muss mit grünen Anliegen korrespondieren und in nachhaltige Bahnen gelenkt werden.

Marktwirtschaft:

Die glp steht ein für ein Konkurrenzsystem in funktionierenden Märkten.

Da das Konkurrenzsystem und die Verlagerung der Produktionsstandorte in Billiglohnländer in ihrer heutigen Ausprägung umweltzerstörerisch wirken, braucht es geeignete marktwirtschaftliche Steuerinstrumente. Diese sollen ökologische und soziale Verantwortung sicherstellen und dermassen ausgestaltet sein, dass diesen Anliegen im politischen Prozess eine verbesserte Ausgangslage verschafft werden kann. Nur dadurch können die Interessen zukünftiger Generationen gewahrt werden. Die Globalisierung ist nicht aufzuhalten und ist als Chance auch für unser kleines Land zu nutzen. Jedoch darf die globale Vernetzung der Wirtschaft nicht alleine Grosskonzernen dienen, sondern muss auch positive Resultate hinsichtlich ökologischer und sozialer Ziele abwerfen.

Kostenwahrheit muss durch die Einrechnung externer Kosten (wie z.B. Umweltbelastung oder Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen) in allen Bereichen angestrebt werden. Der daraus resultierende Preis muss Anreize zum Masshalten schaffen (z.B. Energieeffizienz oder sparsamer Umgang mit Ressourcen) und Innovation wie die Entwicklung wirksamer Technologien fördern.

2. Grünliberale Umweltpolitik

Die Umwelt (saubere Luft, Wasser, Böden etc.) ist ein öffentliches Gut, welches für jedermann nutzbar bleiben soll. Leider führt die bestehende unreflektierte Anspruchshaltung gegenüber diesen natürlichen Ressourcen dazu, dass verschwenderisch und unsorgfältig mit ihnen umgegangen wird. Die glp ist der Ansicht, dass natürliche Ressourcen immer noch zu billig angeboten werden und deshalb Raubbau an der natürlichen Umwelt stattfindet. Damit die natürliche Lebensgrundlage auch den nächsten Generationen zur Verfügung steht, muss sorgsam und mit Rücksicht damit umgegangen und deren Übernutzung verhindert werden.

Wir setzen uns für eine ökologische Raumplanung ein. Diese muss sowohl wirtschaftlichen als auch gesellschaftlichen Aspekten gerecht werden. Der Zersiedelung ist durch raumplanerische und steuerpolitische Mittel Einhalt zu gebieten. In den städtischen Gebieten ist der Langsamverkehr auszubauen und gegenüber dem motorisierten Individualverkehr aufzuwerten.

Naturräume insbesondere im Jura sollen der Bevölkerung als Naherholungsgebiete erhalten bleiben. Initiativen für einen naturnahen Tourismus sind zu fördern. Eine ausreichende Erschliessung durch öffentliche Verkehrsmittel soll gewährleistet werden. Durch Lenkungsabgaben sollen die Emissionen durch den Individualverkehr reduziert und ein effizienter Energieverbrauch angestrebt werden.

Grünliberale Umweltpolitik fordert konsequente Kostenwahrheit und die damit verbundene Verrechnung aller Folgekosten. Den Verursachern müssen nicht nur die direkten, sondern auch die indirekten Kosten in Rechnung gestellt werden. Nicht Verbote und Gebote sollen dazu eingesetzt werden, sondern primär marktwirtschaftliche Instrumente nach dem Verursacherprinzip.

Fazit: Die Grünliberalen wollen die Konsumgesellschaft und die Mobilität in nachhaltige Bahnen lenken.

3. Grünliberale Sozialpolitik

Eigenverantwortung ist ein wichtiger Eckpfeiler grünliberaler Sozialpolitik. Unter Eigenverantwortung wird zum einen Leistungsbereitschaft jedes Einzelnen verstanden. Zum anderen spielt das Erkennen der Konsequenzen und Risiken des eigenen Handelns eine wichtige Rolle. Die Individuen einer Gesellschaft haben zudem nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten der Gesellschaft gegenüber.

Um sowohl individuelle Freiheit wie auch den sozialen Frieden zu gewährleisten, müssen alle Kräfte einer Gesellschaft in einem Gleichgewicht gehalten werden. Begabungen jedes einzelnen sollen gefördert werden, damit eine hohe Durchlässigkeit zwischen den bestehenden sozialen Schichten (unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Hautfarbe oder Behinderung) gewährleistet ist.

Wir erachten die Familie als kleinste und wichtigste Einheit der Gesellschaft. Insbesondere alleinerziehende Elternteile sind vermehrt zu unterstützen, damit die Betreuung der Kinder durch einen Elternteil sichergestellt werden kann. Ergänzende Betreuungsangebote sollen gefördert werden.

Eine erfolgreiche Bildungspolitik ist für die Schweiz als rohstoffarmes Land zentral. Die Grünliberalen unterstützen ein interkantonal abgestimmtes Bildungswesen und sind von der Wichtigkeit einer qualitativ guten Berufsausbildung überzeugt. Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst alle jungen Menschen eine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung absolvieren können (Berufslehre, Berufsmatura, Matura, Hochschulen). Dem Fachhochschulstandort Olten ist besonders Rechnung zu tragen.

Das Sozialleistungssystem muss so ausgestaltet sein, dass es im Interesse der Menschen liegt, einer Arbeit nachzugehen. Leistungswille und eine gesunde Risikobereitschaft müssen gefördert werden. Es sind Anreize zu setzen, damit Arbeitgeber wieder vermehrt Arbeitnehmer einstellen, die nicht voll leistungsfähig sind.

Fazit: Grünliberale Sozialpolitik hat demnach eine aktive, anreizorientierte Komponente.

4. Grünliberale Wirtschafts- und Finanzpolitik

Die Politik der GLP fundiert auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit und der intergenerationellen Gerechtigkeit. Aus einer liberalen Sicht sollen der Wirtschaft möglichst wenig Schranken auferlegt werden. Die gleichberechtigte Mitwirkung beider Geschlechter im beruflichen und politischen Leben ist aus liberaler Sicht eine Selbstverständlichkeit.

Finanzpolitik sollte keine Schulden erzeugen. Deshalb sind staatliche Leistungen immer wieder zu hinterfragen und zu optimieren (Leistungen und Gesetze mit Ablaufdatum). Die zweckmässige Privatisierung staatlicher Leistungen ist mit klaren Leistungsaufträgen (Service public), Leitplanken und Kontrollmechanismen zu versehen. In einigen Bereichen ist ein Zwischenweg zwischen staatlichen und privaten Lösungen zu prüfen. Staatliche Eingriffe sollten reduziert werden und von einer Förderung einzelner Regionen und Branchen wenn möglich abgesehen werden.

Unsere Gesellschaft benötigt grosse Mengen Roh- und Grundstoffe deren Erzeugung häufig mit Umweltemissionen verbunden ist. Produktionsbetriebe welche Grundstoffe herstellen, sollen das möglichst weiterhin an ihrem bisherigen Standort tun, um einen Export der Umweltbelastung zu vermeiden. Die Rahmenbedingungen sind klar zu vereinbaren und wirkungsvolle Kontrollmechanismen vorzusehen.

Der Klimawandel und der sich anbahnende Engpass in der Energieversorgung verlangen nach innovativen Lösungen und bieten unternehmerische Chancen. Der Wissenstransfer von der Forschung (Fachhochschule) in die Wirtschaft ist deshalb durch Kooperation zu intensivieren. Die Förderung und Begleitung von Jungunternehmen (start-ups) muss professionalisiert werden.

Die Umwelt muss im Markt ihren echten Stellenwert und Preis erhalten, damit die Wirtschaft sich (auch global) nachhaltig verhält. Sozialabgaben und Umweltauflagen sind nicht liberal, können aber nötig sein - letztlich ist das Mass entscheidend (Marktwirtschaft mit sozialen und ökologischen Leitplanken). Beispiele für notwendige Rahmenbedingungen:

- Innovationsrisikogarantie
- Weniger Steuerschlupflöcher durch eine Vereinfachung des Steuersystems mit dem Ziel der Entlastung des Mittelstandes.
- Parallelimporte müssen möglich sein

Fazit: Eigenverantwortliches wirtschaftliches Handeln beinhaltet auch Verantwortung zu übernehmen sowie Anstand und Mass zu halten.

5. Grünliberale Sicherheitspolitik

Die persönliche Sicherheit im öffentlichen Raum soll jederzeit gewährleistet sein. Nebst polizeilichen Massnahmen sind Integrations- und Vermittlungsinstrumentarien aufzubauen. Polizeipräsenz ist keine Garantie für erhöhte Sicherheit im öffentlichen Raum und ersetzt soziale Kontrolle und Zivilcourage der Bevölkerung nicht. Die öffentliche Sicherheit darf nicht in die Hände privater Sicherheitsfirmen gelangen. Durch die Gestaltung des öffentlichen Raums soll das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung gestärkt werden.